

europa **ROT**

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 11 · Mai 2013

Damit alles bleibt, wie es ist: welche Zukunft für den EU-Haushalt?



**VON JÜRGEN KLUTE
UND HANNA PENZER**

Spätestens im Herbst dieses Jahres steht der EU erneut ein Tausziehen ums Geld bevor. Einiges wird uns bekannt vorkommen. Wieder sind es die Regierungen in Berlin, Amsterdam und Helsinki, die ihre Pfründe verteidigen wollen. Doch dieses Mal geht es nicht um die Bereitschaft der Regierungen, mehr oder weniger schnell und entschieden Hilfspakete für ihre Nachbarländer oder kriselnde Finanzinstitute zu schnüren. Dieses Mal geht es um nichts mehr oder weniger als um die Finanzierung des europäischen Projektes als Ganzes. Bis Ende des Jahres muss über die Zukunft des EU-Haushalts entschieden werden, genau gesagt über den neuen von 2014 bis 2020 geltenden Finanzrahmen der Europäischen Union. Doch wovon reden wir eigent-

lich genau, wenn wir über den Haushalt der europäischen Gemeinschaft reden?

Der EU-Haushalt unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von Budgets, die auf nationaler oder kommunaler Ebene erstellt werden. Stichwort Einnahmen: Um ihre Programme und Politiken durchzuführen, sind die EU-Institutionen auf Zuwendungen der Mitgliedsländer angewiesen. Drei Viertel aller Finanzmittel des EU-Haushalts werden aus den nationalen Hauptstädten überwiesen. Ein weiteres Viertel nimmt die EU-Kommission eigenständig ein: Dabei handelt es sich um Zölle, Einkommenssteuern der EU-Beschäftigten, einen Anteil der Mehrwertsteuer sowie um Strafzahlungen von Unternehmen, die gegen die Wettbewerbsregeln des Binnenmarktes verstoßen haben, etwa durch die Bildung eines Kartells. Der

geringe Anteil eigenständiger Einnahmen macht die Europäische Union immer wieder zum Spielball egoistisch-nationalistischer Ränkespiele. Journalisten und Finanzminister rechnen auf, welche Länder stärker von EU-Programmen profitieren als das eigene Land, wer zum Club der Nettozahler und wer zur Gruppe der Nettoempfänger zählt.

Apropos Empfänger: Wofür werden die Mittel des EU-Haushalts verwendet? Mit einem Drittel aller Gelder werden Betriebe in der europäischen Landwirtschaft und Fischerei gefördert. Der Hintergrund ist recht simpel: Die Europäisierung der Agrarpolitik wurde bereits vor mehr als fünfzig Jahren begonnen und ist heute so weit fortgeschritten wie kaum ein anderer Politikbereich. Zu den kleineren Posten im EU-Haushalt gehören dagegen die Bereiche Justiz und innere

Sicherheit (derzeit 1 Prozent aller Ausgaben), Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit (6 Prozent) sowie Verwaltungskosten, Ausgaben für Gehälter und Gebäude aller EU-Institutionen (6 Prozent) mit begriffen.

Ein weiterer Löwenanteil des EU-Budgets fließt in Programme, die Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftlichen Zusammenhalt för-

**DIE LINKE im Europaparlament
beim »Fest der Linken«**

**Fest
der
Linken** **1.+2.6.**
ROSA-LUXEMBURG-PLATZ
BERLIN-MITTE

MEHR INFORMATIONEN AUF SEITE 2

Fest der Linken

1.+2.6.
ROSA-LUXEMBURG-PLATZ
BERLIN-MITTE

Mitglieder und Mitarbeiter/-innen der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament freuen sich auf Ihren Besuch am Infostand **täglich von 11–18 Uhr**

Samstag, 1.6. Talkbühne 12 Uhr
»BLOCKUPY – DIE LINKE UND DIE EURO-KRISE«

Podiumsdiskussion mit **Dr. Heiner Flassbeck** (Wirtschaftswissenschaftler), **Thomas Händel** (MdEP), **Mario Candeias** (Rosa-Luxemburg-Stiftung) und weiteren Gästen

Samstag, 1.6. Grüner Salon, Volksbühne 11 Uhr
»EXTREME RECHTE, RECHTS-POPULISMUS, RASSISMUS – ABFALLPRODUKTE DER EUROPÄISCHEN KRISE?«

Podiumsdiskussion mit **Gáspár Miklós Tamás** (Vorsitzender der Grünen Linkspartei – Bündnis für ökologischen Sozialismus, Ungarn), **Werner T. Bauer** (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, Wien), **Cornelia Ernst** (MdEP, Co-Leiterin der Delegation DIE LINKE im EP), **Sabine Lösing** (MdEP, Landesvorsitzende Niedersachsen)

Eine Veranstaltung der Delegation DIE LINKE. Fraktion GUE/NGL im Europaparlament

POLITIK. MUSIK. LITERATUR. ND-PRESSEFEST. KINDERFEST.

GESAMTES PROGRAMM UNTER:
WWW.FEST-DER-LINKEN.DE
EINTRITT FREI



WIE LANGE NOCH FOLGEN DIE EU-REGIERUNGEN BLIND DEM SPARDIKTAT?

dern sollen. Forschungsprojekte und andere Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft sind der EU derzeit 9 Prozent aller Ausgaben wert. Weitere 36 Prozent des EU-Haushalts fließen in Regionen, die einen besonders großen Aufholbedarf haben, um Anschluss an die Wohlstandsentwicklung der stärkeren Regionen Europas zu finden.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Verhandlungen über den europäischen Gemeinschaftshaushalt Stoff für Eifersüchteleien und Machtspielen bieten. Weil auf EU-Ebene aber Projekte gestemmt werden, die innerhalb eines Haushaltsjahres nicht durchzuführen sind – angefangen vom Ausbau europäischer Eisenbahnverbindungen bis zur Erforschung neuer Technologien –, sollen mehrjährige Haushaltsrahmen Planungssicherheit bieten. Doch über ein vernünftiges Maß an Planungssicherheit hinaus zwingen die geltenden Regeln des Haushaltes die EU-Institutionen in ein starres Korsett, das der Baustelle Europa so gar nicht gerecht wird!

Ein Blick zurück genügt, um dies zu verdeutlichen: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten von 15 auf 27 beinahe verdoppelt. Im Sommer dieses Jahres begrüßt die Union mit Kroatien bereits das 28. Mitgliedsland. Damit nicht genug der Neuerungen: 2009 – mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags – wurde mit dem kompletten Neuaufbau eines gemeinsamen diplomatischen Dienstes begonnen. Seit 2011 sollen drei neue Aufsichtsbehörden alle in der Union ansässigen Banken, Versicherungen und Börsen überwachen, um den Ausbruch neuer Finanzkrisen zu verhindern. Und nicht zuletzt sollen die Beamten der EU-Kommission neuerdings die Haushalts- und Wirtschaftspolitik im Euroraum koordinieren und über empfindliche Straf-

zahlungen bei Verstößen gegen die neuen Regeln der finanzpolitischen Steuerung entscheiden.

Wie viele Mittel die Gemeinschaftsinstitutionen zur Bewältigung all dieser Aufgaben im Jahr 2013 verwenden dürfen, wurde allerdings bereits 2006 beschlossen, als selbst größte Pessimisten die Verwerfungen der aktuellen Krise nicht voraussehen wagten. Trotz der Unabwägbarkeiten einer hochkomplexen und denkbar ausdifferenzierten Gemeinschaft maßen sich die europäischen Regierungschefs an, für jedes einzelne Haushaltsjahr detaillierte Ausgabenobergrenzen festzulegen, an denen selbst

» Dieses Jahr wird das Pokerspiel um die Zukunft der EU auf die Spitze getrieben

sieben Jahre später nicht gerüttelt werden darf. Wird in einem Jahr weniger Geld zur Förderung der Landwirtschaft benötigt, dürfen die Mittel weder für das Folgejahr zurückgestellt noch in eine andere Haushaltsäule – beispielsweise für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit – verschoben werden. Jeder Cent, der am Ende eines Haushaltsjahres nicht wie geplant ausgegeben wurde, fließt zurück in die Töpfe der Geberländer. Ohne jede Chance, Rücklagen aufzubauen, wird bereits eine einfache, nicht eingeplante Gebäuderenovierung zur Herkulesaufgabe.

Damit nicht genug: Während jede Kommune zur Finanzierung unvorhergesehener Ausgaben einen Kredit aufnehmen kann, verbieten die EU-Verträge jegliche Form der Schuldenaufnahme durch die Gemeinschaftsinstitutionen. Das Verbot wird alles andere als leichtfertig gehandhabt:

Jedes Konto jeder EU-Institution muss am Ende eines Geschäftstages mit mindestens einem Euro gedeckt sein. So schwierig die Logik hinter den beschriebenen Regeln nachvollziehbar sein mag – die Folgen eines zu dürrig ausgestatteten und zu starren Finanzrahmens sind recht simpel. Nicht anders als ein unterbezahlter Minijobber oder eine alleinerziehende Erwerbslose muss auch die EU-Kommission fällige Zahlungen regelmäßig aufschieben, bis die Mitgliedsländer Gelder nachgeschossen haben. Landwirte, Forschungsprojekte, Beamte, Geschäftspartner, Entwicklungshilfeprojekte und Studenten im Auslandssemester warten dann auf Zuwendungen, die »Europa« ihnen vertraglich zugesichert hatte. Seit 2010 schiebt die EU so nun bereits Rechnungen von einem Jahr ins nächste. Jahr um Jahr werden aus den Hauptstädten Notgroschen in Form von Nachtragshaushalten nachgeschossen, doch noch jedes Jahr mussten erhebliche Milliardenrückstände mit ins neue Haushaltsjahr verschoben werden. Im vergangenen Jahr war die Union bereits Ende Oktober so gut wie zahlungsunfähig. Dieses Jahr wird das Pokerspiel um die Zukunft der EU wohl auf die Spitze getrieben. Nach dem geltenden Angebot der Regierungschefs, das das EU-Parlament im März zurückgewiesen hat, soll bei der Finanzierung der Union alles beim Alten bleiben. Lediglich ein wenig sparen soll Brüssel. Die »magische Grenze« von einem Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung als Gesamtvolumen des EU-Haushalts müsse in jedem Fall unterschritten werden, wiederholt Merkel unablässig. Das Vorbild für das Europa im Jahr 2020 ist das Europa im Jahr 2000. Sollte die Kanzlerin es nicht schaffen, die Zeit für die kommenden sieben Jahre anzuhalten, wird daraus ein gewagter Plan!

Fracking in der EU



VON SABINE WILS
UND LASSE VAN AKEN

Im November 2012 stimmte das Europäische Parlament über zwei voneinander unabhängige Initiativberichte zum Thema Fracking ab. Obwohl beide Berichte nicht mehr als eine Meinungsäußerung des Parlaments darstellten, strömten schon bald Scharen von Lobbyisten ins Parlament und blieben für Monate. Niemand konnte ihrer penetranten Einflussnahme entkommen. Der hohe zeitliche und finanzielle Aufwand der Firmen, ihre Interessen durch ihre Vertreter massiv in der Politik geltend zu machen, hat einen guten Grund: Fracking birgt gravierende Gefahren für Mensch und Umwelt. Es unterscheidet sich erheblich von den normalen Öl- oder Gasbohrungen, wie sie seit Jahrzehnten praktiziert werden. Fracking wird angewendet, um nicht konventionelle Gasvorkommen auszubeuten. Es sind die Methode, die Technologie und die Chemikalien, die hierbei benutzt werden, um neue mehrere Tausend Meter tief liegende Gasvorkommen auszubeuten, die riskanter als herkömmliche Gasbohrungen sind. Vor allem der Umfang der Aktivitäten sowie der Ansatz, harte Gesteinsformationen aufzusprengen, in denen das Gas lagert, sind neu. Beim Fracking werden vertikale und horizontale Schächte gebohrt. Nach dem Bohren wird ein Mix aus Wasser, Sand und meist giftigen Chemikalien unter extrem hohem Druck

eingeführt. So wird das Gestein aufgesprengt und das Gas freigesetzt. Neben dem hohen Druck und den beigemischten Chemikalien ist der hohe Wasserbedarf von durchschnittlich 11 Mio. Liter Wasser pro Bohrloch problematisch: Die Flüssigkeit, die zurück an die Oberfläche kommt und mit giftigen Stoffen, ggf. mit Salzen aus dem Gestein, versetzt und oft auch radioaktiv ist, darf nicht vor Ort bleiben.

Aber auch unter Tage ist offen, wo sich der Wasser-Chemie-Mix überall hinbewegt, da er mit einem extrem hohen Druck unter Tage gebracht wird. Fracking hat wortwörtlich eine bombenstarke Wirkung und die enormen Mengen an verseuchtem Wasser breiten sich weitläufig aus. Auch auf dem Weg ins Bohrloch und zurück kann es austreten. Fracking ist daher eine enorme Gefahr für das Grundwasser und auch hierzu sind besorgniserregende Beobachtungen aus den USA bekannt.

Zuletzt ist die Beschaffung dieser enormen Mengen an Wasser an sich nicht vertretbar und gefährdet die Frischwasservorräte ganzer Gemeinden. In Deutschland gibt es eher keine Wasserknappheit, aber in Süd- und auch in Osteuropa sieht das oft anders aus. Es darf nicht dazu kommen, dass Bauern und Gemeinden mit kapitalstarken Gasfirmen in einen Bieterwettbewerb treten müssen wie in den USA bereits geschehen.

Geld haben die öl- und gasfördernden Firmen reichlich. Sie arbeiten mit millionenschweren Fernsehspots und spezialisierten Lobbyagenturen. Sie wirken in allen beteiligten Institutionen während des gesamten Meinungsbildungsprozesses hinein, um Fracking trotz der Gefahren vor einem Verbot zu schützen. Wenn die EU-Kommission wie vorgesehen dieses Jahr einen Gesetzesentwurf vorstellen sollte, ist eines sicher: Die Lobbyisten waren von Anfang an dabei, noch bevor sich die Abgeordneten überhaupt damit beschäftigen konnten.

Weiterlesen

sabine-wils.eu/fracking

WISSEN, WAS IN EUROPA LÄUFT:

europaROT

DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 10 · Dezember 2012

Eiszeit in Europa

Sozialabbau, Entsolidarisierung, Armut.
Welche Wege führen aus der Krise?



VON GABI ZIMMER
UND ANDRÉ SEUBERT

Wir schreiben das Jahr 5 der Krise. Armut steigt europaweit und die EU rutscht in eine schwere Rezession. Ein Gipfeltreffen der Regierenden im Europäischen Rat folgt auf den anderen, ohne die Krise zu lösen. Als einziges Lösungsmittel hat die Merkel-Regierung mit Unterstützung einiger reicher Länder eine einseitige Sparpolitik durchgesetzt, die sich in der Zwischenzeit als katastrophal erweist. Die Sparpolitik soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit der krisengeschüttelten Länder verbessern. Drastische Kürzung von öffentlichen Ausgaben, die Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Dienstleistungen und die Schuldenbremse für nationale Haushalte bilden den Kern. Agenda 2010 und Hartz-IV-Gesetze

dienen als Vorbild für Reformen der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme. In Deutschland haben diese sogenannten Reformen zur wachsenden Spaltung der Gesellschaft geführt. Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konnten die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung ihren Anteil am Privatvermögen in zehn Jahren von 43 auf 53 Prozent erhöhen. Die ärmsten 50 Prozent müssen einen Verlust ihres Anteils von vorher drei auf ein Prozent ertragen. Das Armutsrisiko ist auf 15,6 Prozent gestiegen. Der gewachsene Reichtum ist offensichtlich nicht von oben nach unten durchgesickert, wie von Neoliberalen versprochen. Die sinkende Arbeitslosigkeit beruht hauptsächlich auf der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dem Aus-

bau des Niedriglohnssektors. Heute müssen etwa 1,3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Erwerbseinkommen mit staatlichen Zuschüssen aufstocken. Altersarmut ist vorprogrammiert, da die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung nicht ausreichen. Auch für Hartz-IV-Empfänger ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Steigende Energiepreise setzen Menschen mit geringem Einkommen zusätzlich unter Druck. Die Heizung bleibt im Winter kalt, um Geld zu sparen. Energiearmut betrifft besonders Menschen, die nicht direkt auf Sozialleistungen angewiesen sind, sondern gerade so über der Armutsrisikogrenze leben. Frauen und Kinder sind wieder die Hauptleidtragenden. Und dieses deutsche Modell dient jetzt als Vorbild in der EU.

Griechenland ist das bekannteste Opfer der Spekulationen gegen den Euro und der diktierten irrationalen Sparpolitik. Die Hilfszahlungen aus den Rettungsschemen sind an strikte Sparprogramme gebunden, die von der Troika aus Europäischer Kommission, EZB und IWF überwacht werden. »Gerettete« Länder verpflichten sich, öffentliche Ausgaben drastisch zu reduzieren. Staatliche Betriebe müssen veräußert und öffentliche Dienstleistungen liberalisiert werden. Dieses Konzept ist einseitig auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft ausgelegt, womit die Zerstörung von Arbeitnehmerrechten gemeint ist. Ohne die Erfüllung dieser Auflagen bekommt Griechenland keine Hilfestellungen. An diesen Geldern verdienen Länder wie Deutschland noch durch die geforderten Zinszahlungen.

JETZT BESTELLEN

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen.

Erschienenene Infomagazine zu folgenden Themen:

- Klimaschutz in der EU
- Kampf gegen Armut, jetzt!
- EU-2020 – Top oder Flop
- Freiheit statt Sicherheitswahn
- Solidarität in Europa und in der Welt
- Sparen, sparen, sparen
- Vom Hunger der Welt
- Tritt ein, bring Geld herein
- Des einen Freud, des anderen Leid
- Eiszeit in Europa

Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen?

Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: dielinke.presse@europarl.europa.eu

www.dielinke-europa.eu

MFR: weniger Geld für Armutsbekämpfung

VON GABI ZIMMER

Das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist Schnee von gestern. Heute ist Krise. Die EU-Regierungschefs pokern im Rat um die Mittel für den Mehrjährigen Finanzrahmen bis 2020 und letztendlich um die Bevölkerungsgruppen, für die Politik gemacht, Ressourcen bereitgestellt und Programme gefördert werden. Es ist wie beim Roulette: Rot oder Schwarz gewinnt, die einen rein, die anderen raus. Armutsbekämpfung kann sich in der Krise niemand leisten, also weg damit. »Austeritätspolitik« heißt vor allem, Druck zur massiven Kürzung öffentlicher Ausgaben für Bildung, Erziehung, Gesundheit und eben für Projekte, die Menschen wieder in die Gesellschaft integrieren sollen. Dabei wurden vor allem auf Initiative sozialer Bewegungen im Rahmen der Europäischen Plattform gegen Armut 2010 zumindest erste Ansätze für eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung entwickelt: Die Zahl der 120 Mio. Menschen,

die unter der Armutsrisikogrenze leben, sollte so bis 2020 um 20 Prozent gesenkt werden. DIE LINKE. im Europäischen Parlament unterstützt den Vorschlag, 25 Prozent der Struktur- und Kohäsionsfonds für den Europäischen Sozialfonds zu nutzen, aus dem wiederum 20 Prozent direkt in die Bekämpfung von Armut, für soziale Inklusion einzusetzen seien. Jetzt ergibt sich allerdings folgendes Bild: Für die kommenden 7 Jahre stehen 30 Mrd. Euro weniger für die Struktur-, Sozial- und Kohäsionsförderung zur Verfügung. Unter Federführung der irischen Präsidentschaft werden die Stimmen im Rat lauter, die verhindern wollen, dass künftig feste Geldsummen aus den massiv geschrumpften Fördermittelfonds für Armutsbekämpfung eingeplant werden. Zugleich setzen die Vertreter des Rates in den Verhandlungen mit dem EP stur darauf, unter dem Titel »aktive Inklusion« vor allem die Beschäftigungsfähigkeit zu fördern. Diese Einschränkung ist fatal. Sie verstößt gegen geltendes EU-Recht, da sie be-



ABSURDE FINANZPLANUNG AUF KOSTEN DER ARMEN

stehende Verpflichtungen der EU im Kampf gegen Armut und Nichtdiskriminierung aushebelt. Es ist absurd: Trotz steigender Arbeitslosenzahlen, wachsender prekärer Beschäftigung und zunehmender Ausgrenzung von Menschen aus dem Lebensalltag wollen die Regierenden der Mitgliedstaaten einen Finanzrahmen beschließen, der den Ärmsten die Luft zum Leben nimmt. Auch der zukünftige Europäische Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen wird er-

heblich gekürzt. Das bisher als Nahrungsmittelhilfe bekannte Programm finanziert Lebensmittel für circa 19 Mio. Menschen in der EU. Dieses Programm aus dem Agrarfonds wurde zunächst eingestellt und dann in den ESF geschoben, allerdings ohne die entsprechende Mittelübertragung und in erheblich reduzierter Form. Die Mittelausstattung von bisher 3,5 Mrd. Euro wurde für sieben Jahre auf 2,5 Mrd. Euro gekürzt. Ein Taschenspielertrick auf Kosten der Schwächsten.

Teile und herrsche

VON CORNELIA ERNST

Der Mehrjährige Finanzrahmen für 2014 bis 2020 würde, so er vom Europäischen Parlament angenommen wird, erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union auch eine Kürzung des Fördermittelhaushalts, der ein Drittel des Gesamthaushalts ausmacht, darstellen. In der aktuel-

len Förderperiode 2007–2013 erhielt Deutschland ca. 23 Mrd. Euro an Fördermitteln. Die neuen Bundesländer erhalten in diesem Zeitraum ca. 19 Mrd. Euro, die alten Bundesländer ca. 4,7 Mrd. Euro. Obwohl im Juli 2013 die EU um den Mitgliedstaat Kroatien erweitert wird, obwohl die Bekämpfung von Ar-

mut in weiten Teilen der EU zur größten gegenwärtigen Herausforderung geworden ist, sollen nach Willen des Rates 29,6 Mrd. Euro weniger für EU-Regional- und Strukturfonds eingestellt werden. Mittlerweile sind 120 Mio. Menschen in der EU von Armut bedroht bzw. direkt betroffen. Aufgabe der Kohäsionspolitik ist es, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Regionen in der Europäischen Union abzubauen zu helfen. Auch für die schwächeren Regionen in Deutschland, wie vor allem in Ostdeutschland, im Ruhrgebiet und in der Region Lüneburg, sind die europäischen Fördermittel aus dem Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds von immenser Bedeutung. Wichtige Vorhaben, wie Investitionen in die Infrastruktur, Förderung von Forschung und Entwicklung, die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen und die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen, wären ohne diese Gelder nicht möglich gewesen. Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wie bei sinkenden Haushalten in Ostdeutschland auch durch das Auslaufen des Solidarpaktes wesentliche Förderungen im Bereich der Infrastruktur und im Beschäftigungssektor künftig ermöglicht werden können.

Hinzu kommt, dass nach den Vorschlägen der Staats- und Regierungschefs ein »Sanktionsmechanismus« für Regionen, deren Mitgliedstaaten die europäischen Verschuldungskriterien nicht einhalten, in den EU-Haushalt eingebaut werden soll. Das heißt, dass Fördermittel für Regionen gestrichen werden sollen, wenn die Haushaltsdefizite und der Schuldenstand der Mitgliedstaaten nicht den Schwellenwerten des Stabilitäts- und Wachstumspakts entsprechen. Dies könnte eine verheerende Wirkung haben für Regionen in hoch verschuldeten Mitgliedstaaten. Der Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments hat sich wiederholt und mit großer Mehrheit gegen einen solchen Bestrafungsmechanismus ausgesprochen, allerdings ohne Erfolg. Offensichtlich ist eine Gruppe von Regierungschefs, darunter Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, die Niederlande, Finnland und Schweden wild entschlossen, die Mitgliedstaaten mit höheren Schuldenständen von den Fördertöpfen abzuschneiden bzw. den Druck, der schon allein durch den Fiskalpakt aufgebaut wird, nun auch noch über die Strukturpolitik zu erhöhen. Statt in »Vielfalt geeint« heißt dann das Motto der EU »Teile und herrsche«.



REGIONALFÖRDERUNG IN DER EU – BALD SCHNEE VON GESTERN?

Die Jugendgarantie: ein Schritt in die gute Richtung, die aber solide Perspektiven für junge Menschen schaffen muss

VON THOMAS HÄNDEL

Wirtschaftskrise und Austeritätspolitik treffen junge Menschen in Europa besonders hart. Im Januar 2013 erreichte die Jugendarbeitslosigkeit 23,6 Prozent. 7,5 Mio. junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren haben weder einen Ausbildungsplatz noch Arbeit.

Die Europäische Kommission hat Mitte März einen Rahmen für die Umsetzung des Jugendbeschäftigungspakets vorgeschlagen. Dieses besteht aus einem Vorschlag zur Einführung einer Beschäftigungsgarantie, einem Qualitätsrahmen für Praktika, der mit den Sozialpartnern

falls besonders betroffene Gruppe der bis 30-Jährigen offensichtlich komplett außen vor bleiben soll. Hier wären weitere 8 Mio. junge Menschen betroffen.

Es darf bei dieser Initiative nicht darum gehen, die jungen Menschen in irgendwelchen, meist sinnlosen Maßnahmen zu parken in der Hoffnung, dass sich die Probleme irgendwann von selbst lösen. Diese Herangehensweise ist schon in Deutschland mit Hartz IV und diversen Beschäftigungspaketen gescheitert. Eine neue Generation Praktika, die sich von einem zum nächsten unbezahlten Praktikum hangelt, braucht niemand und hilft niemandem.

Auch Förderung der Mobilität ist an sich eine gute Sache – solange sie freiwillig ist. Besser wäre jedoch, in den Heimatländern Gute Arbeit zu schaffen und so Perspektiven zur wirtschaftlichen Erholung zu bieten und letztlich diese Krise am Arbeitsmarkt zu überwinden. Denn es braucht Gute Arbeit, von der insbesondere junge Menschen eigenständig und armutsfrei leben können.

Zu weiteren Problemen gibt die Initiative überhaupt keine Antwort, die Stoßrichtung lautet vielmehr »Beschäftigung um jeden Preis«. Gerade die wachsende Anzahl atypischer Arbeitsverträge für junge Menschen hat katastrophale soziale und wirtschaftliche Konsequenzen. Kündigungsschutz wird geschliffen, Löhne bis in den sittenwidrigen Bereich gedrückt. Dazu sagen wir: so nicht!

Solches Herumdoktern an Symptomen dürfte vergebene Liebesmüh sein. Wenngleich die Initiative zeigt, dass man auf europäischer Ebene ein Problem erkannt hat, erwarten wir etwas anderes: Die EU muss endlich umsteuern und mit Ausgleichsunion, Marshallplan und massiven Investitionen Gute Arbeit schaffen.

➤ Eine neue Generation Praktika braucht niemand

entwickelt werden soll, und einer europäischen (freiwilligen) Ausbildungsallianz, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Immerhin: 6 Mrd. Euro sollen investiert werden. 3 Mrd. Euro aus einer extra dafür geschaffenen Haushaltslinie, weitere 3 Mrd. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds.

Das Paket ist sicher ein Schritt in die gute Richtung. Dennoch ist zu befürchten, dass es der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein bleibt. Die mangelnde Finanzausstattung im Zeichen der allgemeinen Austeritätspolitik lässt zudem daran zweifeln, wie diese Initiative in den am meisten von der Krise betroffenen Staaten wirksam werden soll.

Wenn für jeden arbeitslosen Jugendlichen dieser Altersklasse durchschnittlich 800 Euro zur Beseitigung seiner Arbeitslosigkeit aufgewendet werden sollen, kann man sich die Effekte lebhaft vorstellen. Es bleibt weiter zu bemängeln, dass die eben-



Sonja Giese

FEUERT DIE TROIKA, NICHT DIE MENSCHEN!

europaROT Wissen, was in Europa läuft.

Das Infomagazin der LINKEN im Europäischen Parlament erscheint vierteljährlich als Beilage in ausgewählten linken Tageszeitungen. Sie haben eine Ausgabe verpasst? Alle vorherigen Ausgaben von europaROT sowie die aktuelle Ausgabe und weitere Informationen finden Sie hier: einfach diesen Code mit Ihrem Smartphone scannen!



Sie möchten europaROT regelmäßig per Post nach Hause geliefert bekommen? Schreiben Sie uns: Europäisches Parlament, GUE/NGL, Sonja Giese, Rue Wiertz 60, PHS 05 B 072, 1047 Brüssel oder schicken Sie uns eine E-Mail: dielinke.presse@europarl.europa.eu



**Echte Reformen
sucht man vergeblich**

Die Zukunft der europäischen Landwirtschaft

MFR und GAP-Reform

VON LOTHAR BISKY UND MARIKA TÄNDLER

Viele der Genossenschaften und Bäuerinnen und Bauern in Deutschland stehen aktuell vor der Frage: Welche Auswirkungen hat die geplante Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik für uns?

Die GAP bedeutet für die EU in erster Linie viel Geld. Über 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes werden für die Agrarpolitik ausgegeben. Gegenwärtig versuchen das EU-Parlament, der Rat und die Kommission einen Kompromiss bei der Ausgestaltung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014–2020 (MFR) zu finden.

Die GAP ist in zwei Säulen eingeteilt: Die Direktzahlungen und den soge-

nannten Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Insgesamt sind im MFR für die GAP 373 Mrd. Euro bislang vorgesehen. Nachdem das EU-Parlament und der Agrarministerrat im März ihre Positionierungen in Form eines Verhandlungsmandats festgelegt haben steht nun fest: Im Wesentlichen ändert sich nicht viel!

Von zentraler Bedeutung sind die Direktzahlungen, welche mit 278 Mrd. Euro im aktuellen MFR ausgewiesen sind. Das sind lediglich 2 Prozent weniger als im ursprünglichen Vorschlag. Allerdings wurde eine durchschnittliche Auszahlungshöhe der Direkthilfen je Hektar auf 196 Euro festgelegt. Im Vergleich dazu liegt

der EU-Durchschnitt momentan bei 262 Euro je Hektar, in Deutschland liegt die durchschnittliche Zahlung sogar noch darüber.

Immerhin sollen künftig 30 bis 37,5 Prozent der Direktzahlungen an die Einhaltung sogenannter Greening-Maßnahmen gebunden werden, d.h. zum Beispiel die Einrichtung von ökologischen Vorrangflächen. Der Vorschlag der Kommission wurde allerdings auf eine schrittweise Einführung mit 5 Prozent für Betriebe über 15 ha, abgemindert.

Die GAP-Reform bringt also keine wesentlichen Änderungen mit sich, sondern ist bestenfalls ein Schritt in die richtige Richtung.

Umso verwunderlicher ist die Haltung des Deutschen Bauernverbandes. So erklärte ein Vertreter des Sächsischen Bauernverbandes auf Anfrage der »Dresdner Neuen Nachrichten«:

»GAP birgt gefährlichen Sprengstoff für die Landwirtschaft in Sachsen«, und würde »mehreren Hundert Betrieben im Osten das Genick brechen«. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt absolut nicht der Fall.

Die Direktzahlungen machten im Jahr 2008/2009 eine durchschnittliche Unterstützung von 25.595 Euro je Betrieb aus, was einem Gewinnanteil von 85 Prozent der Betriebe

entspricht. Auch viele Genossenschaften könnten ohne diese Direktzahlungen nicht überleben. Die Einführung einer Mindestgrenze bei den Auszahlungen, die sogenannte »Kappung der Direkthilfen« wurde von Parlament und Ministerrat abgelehnt. Schlussendlich schlägt der Rat lediglich eine »freiwillige« Kappung vor.

Direktzahlungen dürfen nicht bloß eine Einkommensunterstützung für die Betriebe sein, sondern müssen vor allem an soziale und ökologische Ziele wie Arbeitsplätze, Klimaschutz und Biodiversitätserhalt geknüpft werden. Nicht zuletzt aufgrund der Arbeitsplatzsituation in ihrer Region sind viele Bäuerinnen und Bauern in Genossenschaften organisiert. Die Gewährleistung von Mindestlöhnen ist für DIE LINKE im Europäischen Parlament ein zentrales Anliegen. Es kann nicht sein, dass Großbetriebe erhebliche Mittel durch Direktzahlungen erhalten, gleichzeitig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht einmal Mindestlohniveau garantiert wird!

Weiterlesen

www.dielinke-europa.eu

Mangelware Demokratie

VON HELMUT SCHOLZ

Die Bürgerinnen und Bürger stellen der EU ein schlechtes Zeugnis aus. Nur noch 30 Prozent haben laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage von der Gemeinschaft ein positives Bild, fast genauso viele sehen sie ausdrücklich negativ. Diese Bewertungen sind vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise in der Europäischen Union natürlich nachvollziehbar. »Europa« als politischer Entscheidungsraum ist für viele Menschen noch immer ein undurchschaubares Gebilde, in dem über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen und ihre Interessen nicht berücksichtigt werden. Wer weiß schon und kümmert sich darum, wie Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden. Deswegen können die 27 Regierungen ihren Sparkurs mit dem Verweis auf »Brüssel« begründen, obwohl sie diese Positionierung vorher selbst im Rat getroffen haben.

Das Demokratiedefizit in der Europäischen Union hat sich in der Krise sogar noch deutlich vergrößert. Die sogenannte Troika, Inbegriff der Bevormundung ganzer Staaten und ihrer Bevölkerung, besteht aus Vertretern der EU-Kommission, der Eu-

ropäischen Zentralbank und einer Nicht-EU-Institution: dem Internationalen Währungsfonds. Weder diese einzelnen Institutionen noch die Troika als Ganzes unterliegen einer demokratischen Kontrolle und müssen Rechenschaft ablegen. Die nationalen Parlamente sind von vielen Entscheidungen zur »Krisenbewältigung« abgeschnitten; die Weichen werden zumeist von den Vertretern der Regierungen jenseits einer öffentlichen Debatte gelegt und die Rezepte ultimativ den »Krisenstaaten« vorgegeben.

Dadurch entsteht der Eindruck einer scheinbaren Alternativlosigkeit. Angesichts dieser Entwicklungen wirken die kleinen Schritte zur Demokratisierung der EU wie Tropfen auf den heißen Stein. Ja, es ist gut, dass es seit einem Jahr das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gibt. Doch die Hürden für eine erfolgreiche EBI sind hoch gelegt: In einem Jahr müssen eine Million Unterschriften in mindestens sieben Mitgliedsländern gesammelt werden, natürlich unter Beachtung verschiedener Vorschriften. Am Ende entscheidet die Kommission, wie ernst sie den Bürgerwillen nehmen möchte oder ob er gar in einer Schublade ver-



WIE VIEL MITSPRACHE HABEN WIR IN DER EU?

schwindet. Eine tatsächliche Bürgermitsprache wird so zumindest stark behindert. Die erste erfolgreiche Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« ist deshalb von großer Bedeutung.

Wir müssen darüber diskutieren, wie Entscheidungen, die alle Menschen in der EU betreffen, auch mit ihnen diskutiert werden können, z.B. durch den Ausbau der EBI zu einem

wirklich handhabbaren Instrument; durch eine Neugestaltung des europäischen Vertragswerks, um Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Kontrolle (insbesondere der Finanzmärkte) konkret festzuschreiben und durch die volle Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments gegenüber Rat und Kommission. Dafür setzen wir uns als Linke im Europäischen Parlament ein.

Nein zum europäischen Kriegshaushalt!



SPARDIKTAT FÜR MILITÄR UND RÜSTUNG, NICHT FÜR ENTWICKLUNG!

VON SABINE LÖSING

In Europa wird im sozialen Bereich gespart, bis sich die Balken biegen. Ein Bereich jedoch kommt gut weg: die Ausgaben für Rüstungs- bzw. Sicherheitsforschung.

Entgegen dem Jammern der Rüstungsindustrie und den Befürchtungen der Mehrheit der EU-Parlamentarier wird bei Militärprojekten und -forschung nicht gekürzt. Stattdessen werden zivile Budgets für Rüstungsprojekte zweckentfremdet oder zu zivilen umdeklariert.

Ein prominentes Beispiel dafür ist das Satellitensystem Galileo, die europäische Konkurrenz zum US-amerikanischen GPS-System. Das fünf bis zehn Milliarden Euro teure Projekt soll nach öffentlichen Bekundungen zivile Zwecke, z. B. in der Flugsicherung und für Such- und Rettungsdienste, verfolgen. Ein weiterer Teil Galileos soll aber für Polizei, Geheimdienste und das Militär zur Verfügung stehen. Es soll die Streitkräfte vom amerikanischen GPS-System unabhängig machen. Die EU will so zum militärischen »Global Player« werden.

Ein weiteres Beispiel ist der EU-Entwicklungsfonds, der Armut und Hunger bekämpfen soll. Das Geld wird

über Umwege durch die »African Peace Facility« zur Finanzierung von Militär- und Ausbildungseinsätzen in Afrika herangezogen. Diese Veruntreuung wird damit gerechtfertigt, dass Entwicklung Sicherheit voraussetze. EU-Militäreinsätze haben Konflikte jedoch nie gelöst, sondern nur weiter befeuert!

Für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) von 2014 bis 2020 forderte das EU-Parlament, eine maximale Flexibilität für die EU-Kommission bei den Ausgaben. Konkret bedeutet das, dass Gelder, die im Haushalt z. B. für Bildung oder Entwicklungshilfe vorgesehen sind, auch für Militär- und Sicherheitsforschung verwendet werden können. Damit wird die schon existierende Hintertür für die Zweckentfremdung von EU-Haushaltsmitteln noch weiter aufgestoßen.

EU-Haushaltsmittel müssen den Menschen in Europa zugutekommen, um z. B. Bildung und Gesundheitsversorgung zu verbessern. Nicht jedoch soll es in die Kassen von Rüstungskonzernen wie EADS fließen. Das Spardiktat muss für Militär, Rüstung, Sicherheitsforschung und Auslandseinsätze gelten – am besten, indem man sie abschafft!

DIE LINKE. im Europaparlament

Gabi Zimmer

Vorsitzende der
GUE/NGL-Fraktion

Stellvertreterin im
Ausschuss für Beschäftigung
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin
für Thüringen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F155
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45101
gabrielle.zimmer@europarl.europa.eu
www.gabi-zimmer.de



Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres; Stellvertreterin im Ausschuss für regionale Entwicklung; Stellvertreterin im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Ansprechpartnerin für Sachsen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
www.cornelia-ernst.de



Thomas Händel

Sprecher der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten; Stellvertreter im Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

**Ansprechpartner für Bayern,
Baden-Württemberg und Saarland**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F259
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45658
thomas.haendel@europarl.europa.eu
www.thomas-haendel.eu



Lothar Bisky

Stellvertretender Vorsitzender
im Ausschuss für Kultur und
Bildung

**Ansprechpartner
für Berlin
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F357
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45834
lothar.bisky@europarl.europa.eu
www.lothar-bisky.de



Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Stellvertreter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für
Nordrhein-Westfalen und
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F254
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45655
juergen.klute@europarl.europa.eu
www.juergen-klute.eu



Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45894
sabine.loesing@europarl.europa.eu
www.sabine-loesing.de



Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel; Stellvertreter im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; Ausschuss für konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für
Mecklenburg-Vorpommern
und Brandenburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F243
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45893
helmut.scholz@europarl.europa.eu
www.helmutscholz.eu

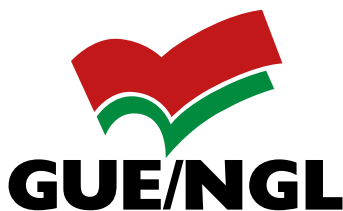


Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen; Stellvertreterin im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F247
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45644
sabine.wils@europarl.europa.eu
www.sabine-wils.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT